

SPERRFRIST bis 24.11. 2022 15:00 Uhr

HAUSHALTSREDE 2023 von Thomas R. Ruehl

fraktionsfreier Stadtrat der

FREIEN WÄHLER AALEN

Dauer ca. 15:00 Min

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Jahr befinde ich mich in der ungewohnten Situation, nicht für eine Fraktion sprechen oder die Anregungen und Wünsche von Ortsvorstehern und Ortsvorsteherinnen artikulieren zu müssen. Ich werde deshalb keine Anträge stellen und ich werde mich deshalb auch nicht so sehr in den Zahlen und Tiefen des Haushaltsplanes ergehen, sondern statt dessen die übergeordneten Trends thematisieren, die mir als Stadtrat und Bürger dieser Stadt auffallen, die mich berühren und bedenklich stimmen. Trends, die die Bürger von Aalen viel Geld kosten werden, Trends die auch durchaus diskutabel wären...

Es ist zunächst erfreulich, dass der Haushalt 2023 nicht gar so negativ ausfällt wie noch vor einem Jahr, einem Coronajahr, befürchtet. Was nach wie vor beängstigend ist, ist die prognostizierte Entwicklung des Schuldenstandes, der im Jahre 2026 mit 107 Mio € angeblich seinen voraussichtlichen Höchststand erreicht haben soll. Ein Höchststand, den die Kämmerin in ihrer Rede vor vier Wochen bereits als zu hoch bezeichnet hat. Ich befürchte allerdings, dass diese Prognose bis 2026 noch deutlich übertroffen werden wird.

Eigentlich müssten alle froh sein, wenn wir Projekte - wie zum Beispiel das Kombibad - so wie bisher geplant - rasch umsetzen und abschliessen könnten. Aber nein – es kommen auch nach einem Beschluss immer noch weitere Wünsche spezieller Gruppen und ihrer Vertreter im Rat hinzu, die

dann auch noch Gehör finden. Dazu gesellen sich weitere grundlegende Änderungen, die – wie hier zum Beispiel das alternative Energieversorgungskonzept des Kombibades - unwirtschaftlich sein werden, dafür aber den derzeitigen ideologischen und politischen Zeitgeist bedienen.

Es sind dies alles Wünsche und Änderungen, die geeignet sind, die Fertigstellung eines Objektes wie zum Beispiel des Kombibades weiter zu verzögern und das Projekt alleine schon dadurch weiteren erheblichen Preissteigerungen auszusetzen. Da bitte ich für die Zukunft sowohl den Rat als auch die Verwaltung um Konsequenz und Zurückhaltung. Was und wem hilft es, wenn wir irgendwann zwar ein tolles Bad eröffnen können, das allen Wünschen und Ideologien gerecht wird, wir es aber mangels Finanzmitteln hinterher nicht oder nicht zu erschwinglichen Preisen für die Nutzer und die Bürger Aalens betreiben können? Für das neue Wohngebiet am Tannenwäldle sehe ich übrigens eine ähnliche Entwicklung.

Es ist schon erstaunlich, wie ruhig es um die einst mehr als dringlich eingestufte Sanierung und Attraktivitätssteigerung der Limesthermen geworden ist. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Therme ein äusserst ungeliebtes Kind der Stadtwerke Aalen ist und dass deshalb von den Stadtwerken immer öfters versucht wird, deren Betrieb einzuschränken oder ganz einzustellen. Dass die Limesthermen im Moment gerade noch so laufen, ist lediglich einem Machtwort des OB und des Gemeinderats zu verdanken.

Den Stadtwerken AALEN wurde in der Vergangenheit m. E. n. übrigens zu viel aufgebürdet an Aufgaben und Kosten. Dass sie dies alles dennoch einigermaßen gemeistert haben, dafür gebührt ihnen an dieser Stelle auch einmal Lob und Anerkennung. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass die Stadtwerke ein Erfüllungsgehilfe der Stadt und ihrer Bürger sind und dass man daher durchaus auch verstärkt auf das Stadtwerke - Management schauen sollte. Wenn ich – einmal abgesehen von betriebswirtschaftlich durchaus nachvollziehbaren, aber politisch unklugen Einschränkungen – unter anderem auch daran denke, wie viele qualifizierte Mitarbeiter diesem Betrieb in letzter Zeit den Rücken gekehrt haben und anderswohin abgewandert sind und wohin das Betriebsklima sich zu entwickeln droht, scheint mir diese Draufsicht weitaus dringlicher zu sein, als für viel Geld

grüne Leitbilder zu entwickeln und neue Firmenlogos für die Stadtwerke zu entwerfen.

Bei der Wohnungsbau Aalen beginnt man in denselben Fehler zu verfallen und ihr zum Beispiel die Linderung der aktuellen und zukünftigen Wohnungsnot zur Aufgabe zu machen, einer Wohnungsnot, die durch eine fehlgeleitete Bundes- und Landespolitik erst so richtig Fahrt aufgenommen hat und weiterhin aufnimmt. Und gäbe es diese Wohnungsnot in Aalen nicht, müsste die Stadt auch nicht Jahr für Jahr auf die Gewinnausschüttung der Wohnungsbau zugunsten der Stadtkasse verzichten. Allein dieses Jahr sind dies wiederum ca. 2 Mio.€, die wir nur allzu gut selbst im Stadtsäckel gebrauchen könnten.

Ich habe aus gegebenem Anlass in den letzten Tagen mit mehreren Spezialisten aus der Finanz – und Anlagebranche gesprochen. Und ausnahmslos alle sind sich darüber einig, dass die Art der KITA-Finanzierung nach Aalener Modell einen Anlageerfolg bietet, wie er weder mit Lebensversicherungen, Aktien oder Immobilienfonds zu erzielen ist.

Mit einem Kapitaleinsatz von lediglich 30% nach 25 Jahren Bindefrist zu 100% alleiniger Eigentümer eine Immobilie zu sein, weil die Stadt mir 70% als verlorenen Zuschuss geschenkt hat...also wenn ich 30 Jahre jünger wäre, würde ich für meine Altersversorgung sofort mit dem Bau mehrerer KITA in Aalen beginnen. Rentabler geht es nicht. Liebe Verwaltungsspitze: 70% Steuergelder der Bürger verschenken, um sich 30% zu sparen...da rechnet jedes Milchmädchen besser. Und jetzt soll via Sonderfinanzierung dieser verlorene Zuschuss sogar auf 80% erhöht werden? Es wäre für das Stadtvermögen besser, solch einen Bau zu 100% zu finanzieren und ihn dafür im stadteigenen Immobilienbestand zu behalten.

In meinen früheren Haushaltsreden habe ich meist u.a. darauf hingewiesen, dass wir nicht nur immer mehr Personal brauchen für Betreuung, Umwelt, Klima, Gleichstellung und Radverkehr, sondern auch für die Bereiche, in denen die Bürger rasche und verbindliche Bescheide oder auch nur Antworten auf ihre Fragen benötigen – ich nenne hier nur mal Bauamt, Bürgeramt und Ordnungsamt. Dem erhöhten Personalbedarf im Rathaus scheint man – mit Ausnahme im Bereich der IT – einfach nicht nachkommen zu können oder zu wollen. Nach wie vor höre ich da teils

sehr harsche Klagen aus der Bürgerschaft über ausbleibende Antworten und nicht mehr nachvollziehbar lange Bearbeitungszeiten.

Auch was den Umgangston in manchen Ämtern gegenüber der Bürgerschaft angeht, kommen häufig Klagen. Es scheint sich immer noch nicht die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass die Verwaltung eine Art Dienstleister für die Bürger sein soll und nicht umgekehrt. Da ist also noch an Luft nach oben!

Dass die Verwaltung auch dieses Jahr keine Grundsteuererhöhungen via Anhebung des Hebesatzes vornehmen will, dürften die von steigenden Energiekosten geplagten und von der Inflation gebeutelten Bürger zunächst mit Wohlwollen aufnehmen. Dennoch werden sie deutlich mehr an Grundsteuer zu bezahlen haben, da rechtzeitig zur aktuellen Grundsteuerreform landesweit die Bodenrichtwerte deutlich, nämlich um bis zu 25%, nach oben korrigiert wurden - auch in Aalen. Da bleibt nichts beim Alten und da wird erst recht nichts günstiger, so wie von der hohen Politik behauptet. Das ist lediglich ein Beschwichtigungsversuch unserer Regierung, denn die Steuerlast für die Grundsteuerpflichtigen wird dadurch deutlich höher. Und somit erhöhen sich naturgemäss ohnehin auch die Einnahmen für die Stadt Aalen.

Parallel dazu liebäugelt unser OB mit der Einführung einer weiteren Gemeindesteuer, nämlich der Grundsteuer C für nicht oder noch nicht bebaute Grundstücke. Diese gab es 1961 bereits schon einmal und sie hat sich als ausgemachtes Bürokratiemonster und als absolut nicht zielführend erwiesen und wurde deshalb 1962 auch gleich wieder abgeschafft. Die angedachte Grundsteuer C, meine Damen und Herren, ist im Grunde nichts anderes als eine Strafsteuer für vorausplanende Leute, die sich unbebaute Grundstücke für ihre ureigensten Zwecke vorbehalten – sei es nun als Kapitalanlage, als Erweiterungsfläche, als Grundstück für zukünftige Vorhaben oder als Erbgrundstücke für die Kinder und Enkel. Da hat sich die Stadt m. M. n. nicht mittels einer Strafsteuer C einzumischen und die Einführung dieser Steuer wird von mir auch nicht mitgetragen werden.

Wenn wir vom Sparen reden, vom Umgang mit limitierten Finanzmitteln und von sehr begrenzter Menpower in der Verwaltung, dann ist es äusserst kontraproduktiv, wenn Vorarbeiten und Ergebnisse, die nach jahrelangen Diskussionen, nach vielen Besichtigungen und langen Sitzungen mit viel

Gehirnschmalz und noch viel mehr Sitzleder, zustande gekommen sind, von der neuen Verwaltungsspitze einfach wieder auf Null und Anfang gestellt werden, mit der Begründung, diesmal wirklich alle Bürger mitnehmen zu wollen. Als markantestes Beispiel nenne ich hier den Kreisel in Unterkochen und den Albaufstieg. Der vierspurige Ausbau der B29 bis Aalen wird in absehbarer Zeit abgeschlossen sein, der Verkehr in Unterkochen wird dadurch weiter zunehmen und auch all die diesmal endlich mitgenommenen Unterkochener werden dafür die nächsten 15 - 20 Jahre keine spürbare Verbesserung der Situation dort erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Es ist dieses neue Nachgeben von Rat und Verwaltung und dieses neue Von-vorne-Beginnen, das mir Unbehagen bereitet und Sorge macht. Einige weitere Beispiel dazu:

Die Weststadt-Agenda und ihre Mitstreiter haben zusammen mit der Stadtverwaltung die letzten zig-Jahre gute Arbeit geleistet. Wozu braucht es da jetzt plötzlich einen zusätzlichen Ortschaftsrat, nur weil eine letztendlich ziemlich überschaubare, aber lautstarke Minderheit sich dies zum Thema macht?

Warum hat der ganze Gemeinderat dem Zeitgeist nachgegeben und will jetzt einen Jugendgemeinderat installieren? Wo man sich doch eigentlich fraktionsübergreifend fast einig war dahingehend, viel lieber eine stadtteil – und projektbezogene Jugendbeteiligung haben zu wollen?

Warum hat man sich dem Zeitgeist folgend vor einem Jahr von einer privaten zivilgesellschaftlichen Gruppe namens Klimaentscheid in Sachen Klimaneutralität zur Festschreibung auf das Jahr 2035 drängen lassen, anstatt dieses Ziel in machbaren, sinnvollen Schritten und in einem realistischen eigenen Zeitrahmen weiter zu verfolgen?

Man sollte sich insgesamt m.M.n nicht gar so sehr von externen Interessengruppen treiben und in Zugzwang und Zeitdruck bringen lassen.

Radfahren ist eine wunderbare Sache, der auch ich gerne und ausgiebig fröne. Aber dies zu einem übergeordneten und äusserst kostenintensiven Thema zu machen, mit dessen Hilfe man die Stadt und die Welt vor was auch immer retten könnte, ist Tagträumerei. Von diesem Wunschdenken sollte man sich rasch verabschieden und breiter aufgestellte Konzepte

weiterentwickeln und weiter verfolgen, in denen auch der motorisierte Individualverkehr nicht nur als Teufelszeug vorkommt.

Ein weiteres, ganz grosses Thema für Aalen, bei dem die Stadtverwaltung allerdings beim besten Willen nicht viel zu melden hat, ist die Klinikdebatte. Da bin ich unserem OB überaus dankbar, dass er sich da einmal nicht so nachgiebig zeigt, sondern ein eigenes Konzept entworfen hat, das ich sehr gerne mittragen werde. Vielleicht kann man das auch mit dem Vorschlag des Landrats kombinieren und in Einklang bringen, so dass da eine Lösung zustande kommt, die von der Mehrheit der Ostalbbürger mitgetragen werden kann. Es wäre uns allen nur zu wünschen!

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren meine Gedanken zu den eingangs angesprochenen grösseren und allgemeinen Trends, die mir auffallen, mich nachdenklich stimmen und mir Sorgen um unser Aalen bereiten.

Gleichwohl danke ich all denen, die den Haushalt 2023 in allen seinen Tiefen und Einzelheiten ausgearbeitet und erstellt haben und wünsche uns allen, dass wir mit diesem, wie geplant, gut durch das Haushaltsjahr 2023 kommen werden.

Und schlussendlich danke ich nach all den vielen Vorreden Ihnen allen ganz besonders für's Zuhören bis zum Ende. Ich hoffe, wir bleiben uns gegenseitig und verständnisvoll gewogen.

Vielen Dank!